

Auto.Auto.Auto.

Viel mehr fällt der Stadt nicht ein. Alle Versuche der LINKEN, erste Schritte zu einer Verkehrswende einzuleiten, wurden verhindert. **S.3**

Verarmungsprogramm

Waschmaschine kaputt? Das Darlehen wird vom Hartz-IV-Satz abgezogen. Wie soll man davon leben? DIE LINKE fordert eine Mindestsicherung. **S.4**

Plastik im Trinkwasser

Untersuchungen zeigen, dass im Trinkwasser aus dem Rhein Mikroplastik ist. Eine Verbesserung der Filtertechnik ist nicht geplant. **S.5**

Menschenhandel

Zwangsprostitution gibt es auch in Düsseldorf. Nur weiß niemand etwas Genaues. DIE LINKE fragt nach der aktuellen Situation. **S.6**

Das Gesetz bin Ich



Foto: © Can Stock Photo / creatista / Montage: R(h)einblick

Vertreibung Wohnungsloser ungesetzlich

Neues Rechtsgutachten kritisiert Stadt und Ordnungsdienst

Der Düsseldorfer Ordnungs- und Servicedienst (OSD) besteht aus städtischen Angestellten, die für die Einhaltung der Vorschriften der „Düsseldorfer Straßenordnung“ sorgen sollen. Was in dieser Straßenordnung steht, ist allerdings politisch belastet und in Teilen rechtswidrig, so ein neues Gutachten von Rechtsanwalt Jasper Prigge, das DIE LINKE in Auftrag gegeben hatte. Jasper Prigge ist Experte für Verwaltungsrecht und erstritt im Mai diesen Jahres vor dem Verwaltungsgericht die Aufhebung des Alkoholverbots in der Duisburger Innenstadt.

Arbeitsauftrag: Vertreibung von Wohnungslosen

Eine konservative Ratsmehrheit hat vor Jahrzehnten weit auslegbare Verhaltensregeln erlassen: „Störungen in Verbindung mit Alkoholgenuß“, „Lagern in Personengruppen“, „Nächtigen“, „aggressives Betteln“ und „Lärmen“ verbietet § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung. Allesamt Verbote, die sich gegen Wohnungslose richten und mit der Sozialarbeit kollidieren, so kritisierte schon im Jahr 2006 die Diakonie. Der OSD treibt seitdem mit Verwarnungen und Bußgeldern die Woh-

nungslosen von Platz zu Platz. Das Ergebnis sind Konflikte, in denen der OSD auf der einen Seite steht und Wohnungslose mit ihren Streetworkern auf der anderen. Zuletzt geriet im November 2017 der OSD über die Bestrafung eines fiftyfifty-Verkäufers derart mit Streetworker Oliver Ongaro aneinander, dass gegenseitige Anzeigen folgten.

Auskünfte der Stadt zum Verhalten des OSD unbefriedigend

DIE LINKE kritisiert, wie schon die Diakonie, den Arbeitsauftrag des OSD – die Straßenordnung. Mit regelmäßigen Ratsanfragen versucht DIE LINKE herauszufinden, welche Folgen die Straßenordnung für Wohnungslose hat. Die Antworten der Stadt sind unbefriedigend. So hält der OSD beispielsweise nicht nach, wie häufig er Zwangsmaßnahmen wie Fesselungen durchführt oder wie oft er „gebührenpflichtige Verwarnungen“ bis 55 Euro ausspricht. Wenn der OSD ein Bußgeld verhängt, das nicht sofort bezahlt werden kann, behält er als Sicherheit von Wohnungslosen oft deren Mobiltelefon ein. Dies geschieht laut Stadtverwaltung rund hundertmal im Jahr.

„Straßenordnung in weiten Teilen rechtswidrig“

Das Rechtsgutachten von Jasper Prigge kommt nun zu dem Schluss, dass § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung „in weiten Teilen rechtswidrig ist.“ Der Eingriff in wesentliche Rechte von Wohnungslosen zur Durchsetzung von Verhaltensnormen ist unverhältnismäßig und juristisch angreifbar. Die Stadt entzieht sich bis heute einer gerichtlichen Klärung. Praktisch handelt der OSD seit Jahrzehnten wie eine „Sittenpolizei“.

Widerstand regt sich in der Bevölkerung kaum, so lange der OSD nicht die Falschen verwarnet: Im November 2017 empörte sich die Öffentlichkeit bundesweit über den Fall eines dementen Rentners. OSD-MitarbeiterInnen hatten den 87-jährigen mit einem Wohnungslosen verwechselt und ihm 35 Euro dafür abgenommen, dass er sich für acht Minuten auf einer Bank an einer Haltestelle ausruhte - ohne Fahrabsicht.

Düsseldorf braucht keine Sittenpolizei. Wohnungslose zu vertreiben, ist unsozial und unethisch. § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung ist rechtswidrig und muss abgeschafft werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Sommer ist vorbei und damit auch das mediale Sommerloch, das jedes Jahr auftaucht und geschlossen werden muss.

In diesem Jahr wurde das Sommerloch auf lokaler Ebene der Neubenennung der Arena gewidmet. Sie heißt jetzt Merkur Spiel-Halle, pardon: Merkur Spiel-Arena.

Man sollte meinen, in Düsseldorf gäbe es wichtigere Probleme als sich mit dem Namen der Arena zu beschäftigen. Aber da schon so Viele sich dazu geäußert haben, wollen wir auch noch unseren (Düsseldorfer) Senf dazugeben.

In Zeiten, in denen von 90 Spiel-Hallen in Düsseldorf rund 30 geschlossen werden sollen, um wenigstens etwas gegen die Spielsucht zu unternehmen, halten wir die Namensgebung zumindest für bedenklich. Wir sind gespannt, ob unter den zu schließenden auch Merkur-Hallen dabei sind.

Von Befürwortern wird gerne ins Feld geführt, dass es auch Fußballarenen gibt, die nach Bier-Marken benannt wurden und darüber habe es auch keine Diskussion gegeben. Wir setzen sogar noch eins drauf: Es gibt auch Arenen, die nach Versicherungen und Banken benannt wurden. Aber es geht hier nicht um Arenen in anderen Städten, sondern um die in Düsseldorf.

Eigentlich müsste die Namensgebung der Arena von den DüsseldorferInnen und Düsseldorfern bestimmt werden. Seit über dreizehn Jahren wird die Arena mit jährlich mehr als 10 Millionen Euro gesponsert, also mit Steuergeldern. Einen Vorschlag hätten wir: Rhein-Stadion. Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

Hohe Kosten durch Autoverkehr

Wer in Düsseldorf in der Straßenbahn sitzt und auf die Autos vor sich schaut, kann auf interessante Ideen kommen: 100 Menschen, die für den Weg zur Arbeit eine Straßenbahn nehmen, müssten für die Stadt billiger sein als 100 Menschen, die ein Auto nehmen. Autos verursachen schließlich Dreck, Lärm, Unfälle – und auch die Staus. Dieses Gefühl ist richtig. An der Universität Kassel hat Prof. Carsten Sommer in einem Projekt des Bundesverkehrsministeriums dazu geforscht. Er untersuchte mit Verkehrsexperten der Kommunen die Kosten, welche die verschiedenen Fortbewegungsarten für Großstädte haben und entwickelt daraus ein Berechnungsmodell. Das Modell bezieht Kosten für Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Haltestellen mit ein, aber auch Folgen von Lärm, Umweltverschmutzung und Unfällen. Für die Städte Bremen, Kassel und Kiel hat Prof. Sommer die Kosten bereits errechnet. In allen drei Fällen ergab sich, dass durch den PKW-Verkehr weit höhere Kosten entstehen als durch den ÖPNV. DIE LINKE hat die Stadt im April auf das Modell hingewiesen – wir bleiben dran!

Stadt hält riskante RWE-Beteiligungen

Die Stadt Düsseldorf hält unverändert 5,6 Mio. Anteile am Energiekonzern RWE für ihr Tochterunternehmen Rheinbahn; das besagt eine Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der LINKEN vom 2. Juli. Eigentlich hatte der Stadtrat 2016 den Verkauf der Beteiligung an dem Unternehmen beschlossen. RWE produziert u.a. Uran für die maroden belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel, von denen ein atomarer Super-Gau befürchtet wird.

In der Antwort auf die Anfrage der LINKEN im Finanzausschuss erklärte die Stadtverwaltung, auf einen „günstigen Zeitpunkt“ für den Verkauf zu warten und „das Kurspotenzial der Aktien im Blick zu halten.“ Einem Verkauf müsse aber erst noch die Rheinbahn zustimmen. Oberbürgermeister Geisel bremst den Verkauf seit 2017, weil er auf einen steigenden Aktienkurs spekuliert. RWE wird an den Börsen seit dem Kurssturz von 2016 als mittel-riskanter Titel eingestuft.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Leiharbeit und und befristete Verträge in der Stadtverwaltung

Bei der Düsseldorfer Stadtverwaltung sind viele Personen in Leiharbeit oder befristet beschäftigt: 79 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter arbeiteten dort in den vergangenen drei Jahren, das ergab eine Anfrage der LINKEN im Personalausschuss. Zudem gibt es eine hohe Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen, aktuell sind hiervon 218 Personen betroffen. Ca. 25 % der Verträge wurden ohne sachliche Begründung befristet.

So gut wie alle städtischen Tochtergesellschaften arbeiten sowohl mit Leiharbeits- als auch mit befristeten Verträgen.

Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge spielen im deutschen Arbeitsleben eine immer größere Rolle. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter um das Zehnfache gestiegen, auf zuletzt über eine Million.

Wie prekär die Situation für die Betroffenen ist, hat selbst die Arbeitsagentur in ihrem Arbeitsmarktbericht (Februar 2018) festgestellt: „Das Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit aus Zeitarbeit ist überdurchschnittlich hoch“. Dafür aber ist die Entlohnung miserabel:

„Die erzielten Bruttoarbeitsentgelte in der Zeitarbeit sind unterdurchschnittlich. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte erhielten im Jahr 2016 im Mittel ein monatliches Bruttoarbeitsentgelt von 3.133 Euro. Der mittlere Verdienst in der Zeitarbeit war mit 1.816 Euro um 42 Prozent niedriger.“

Über drei Millionen Menschen sind bundesweit befristet beschäftigt. Etwa die Hälfte der Verträge wird ohne sachlichen Grund befristet. Insbesondere jüngere Menschen unter 25 Jahren erhalten zunehmend befristete Verträge. Für sie ist eine längerfristige Lebensplanung ausgeschlossen.

Die Stadt begründet sowohl Leiharbeit als auch befristete Arbeitsverträge mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dass sie als öffentlicher Arbeitgeber aber auch eine Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten hat, ignoriert sie völlig.



Zeitarbeit schützt nicht vor Arbeitslosigkeit

Foto: © DIE LINKE/Mang

Straßennamen und ihre Bedeutung

Heinrich-Lersch-Straße

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen unbenannt werden.

Heinrich-Lersch-Str. in Garath

Im Südwesten Garaths sind Straßen vornehmlich nach Schriftstellern benannt. Allerdings fällt ein Name auf Straßenschildern negativ auf: Heinrich Lersch, ein Kesselschmied aus Mönchengladbach, der Anfang des letzten Jahrhunderts als Dichter bekannt wurde, der das Leben der Lohnabhängigen beschrieb.

Bei Ausbruch des ersten Weltkriegs schrieb er im nationalistischen Pathos 1914 das Gedicht „Soldatenabschied“. Die Zeile „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ ist bis heute bei Alt- und Neonazis beliebt. In den 1980er Jahren formulierte die Punkband Slime diese Zeilen um: „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“ und zog sich damit nicht nur den Hass von Nazis,

sondern auch von Konservativen auf sich. Im Verlauf des Krieges verfasste er noch weitere Kriegsverherrlichende Gedichte. Mordwaffen werden mit Kultgegenständen verglichen und das Töten mit Gottesdienst.



Lersch (links) 1934 mit zwei HJ-Führern
Foto: © DLA Marbach

Kein Wunder, dass die Nazis sehr früh auf Lersch aufmerksam wurden. Ende der 1920er Jahre trat er öffentlich für die Nationalsozialisten ein. Heinrich Lersch unterzeichnete im Oktober 1933 das Treuegelöbnis „88 deutsche Schriftsteller“ zur

Unterstützung Hitlers sowie den „Aufruf der Kulturschaffenden“ vom August 1934 zur Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers. Im gleichen Jahr trat er als Erwachsener der Hitler-Jugend bei und engagierte sich bei öffentlichen Veranstaltungen für das NS-Regime. 1935 wurde Heinrich Lersch Mitglied der NSDAP. Er schrieb seine alten Gedichte und Lieder im Sinne der NS-Propaganda um und erhielt im Oktober 1935 dafür den Rheinischen Literaturpreis.

In der Öffentlichkeit trat Heinrich Lersch mit Ansprachen „Zur Erfüllung der deutschen Geschichte durch das Dritte Reich“ auf. Weiter hielt er Vorträge vor der Hitlerjugend, auf Kraft-durch-Freude-Reisen und Veranstaltung der Deutschen Arbeiterfront im Rundfunk. Ebenso trat er bei verschiedenen örtlichen Festen mit seinen Gedichten auf.

Trotz dieser Vorgeschichte wurde in den 1960er Jahren eine Straße in dem neuen Düsseldorfer Stadtteil Garath nach ihm benannt. Die Straße heißt bis heute so. In Gelsenkirchen fand bereits 1946 die Umbenennung einer Heinrich-Lersch-Straße statt. Es wird höchste Zeit, dass dieser Straßename aus dem Düsseldorfer Stadtbild verschwindet.

Pläne für Verkehrswende blockiert

SPD, Grüne und FDP gegen Stärkung des ÖPNV

Am 21. August legte die Bezirksregierung ihre Luftreinhaltepläne für Düsseldorf vor. Die auf den letzten Drücker angekündigte Modernisierung der Rheinbahn-Busflotte bis 2020 soll Düsseldorf vor Fahrverboten für Diesel-PKW retten. SPD-Oberbürgermeister Geisel setzt darauf, dass er den Diesel-Abgasskandal beinahe tatenlos übersteht.

Autokonzerne zur Verantwortung ziehen

Es ist gerecht, dass nicht die Diesel-PKW-Besitzer für die Verweigerungshaltung der Autokonzerne bei der Motoren-Umrüstung büßen müssen. Ohne drohende Fahrverbote muss man aber fürchten, dass die Ampelkoalition im Stadtrat noch weniger gegen die Abgasbelastung in Düsseldorf unternimmt. Schon bisher hat sie alle Versuche der LINKEN abgewehrt, eine ernsthafte Verkehrswende einzuleiten.

Warum Tübingen statt Düsseldorf?

DIE LINKE hatte im Stadtrat beantragt, dass in einem mehrjährigen Versuch mit Fördermitteln des Bundes die Rheinbahn gratis nutzbar wird. Mit



Nur Autos im Kopf

Foto: © Can Stock Photo/focalpoint

diesem konkurrenzlos attraktiven Mobilitätsangebot hätte die Rheinbahn das Auto ausstechen und die Straßen entlasten können. Die Ratsmehrheit lehnte jedoch ab, dass Düsseldorf sich wie Tübingen bei der Bundesregierung um die Förderung eines solchen Pilotprojekts bewirbt.

Einen zweiten Antrag, der kostengünstig und schnell umsetzbar wäre, lehnte die Ratsmehrheit ebenfalls ab: DIE LINKE beantragte ein Tempo 30 für Autos in der Innenstadt. Selbst der wissenschaftliche Beirat des Bundesverkehrsministeriums hat Tempo 30 innerorts zur Stauvermeidung und Abgasreduktion vorgeschlagen. Weiterhin machte DIE LINKE den Vorstoß, dass Düsseldorf an der Europäischen Mobilitätswoche teilnimmt und als Höhepunkt am 22. September einen autofreien Tag durchführt. Auch das wurde abgelehnt.

Statt wie versprochen eine entschiedene Verkehrswende zur Verringerung der Abgasbelastung einzuleiten, versucht die Ampelkoalition im Rathaus weiter, den Diesel-Abgasskandal auszusitzen. Umwelt und Gesundheit bleiben dabei auf der Strecke.

Schwere Geburt

Hebammensuche in Düsseldorf wird zum Glücksspiel

Für werdende Eltern wird es in Düsseldorf immer schwieriger, eine Hebamme zu finden. Im ersten Quartal 2018 musste die Hebammenzentrale allein 689 Anfragen ablehnen. Die Situation spitzt sich zu, da die Zahl der Hebammen aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen immer weiter abnimmt.

Die Wenigen, die es in Düsseldorf noch gibt, betreuen bevorzugt Eltern in leicht erreichbaren Stadtteilen. In den zentralen Gebieten wie Stadtmitte und Flingern ist es so gut wie unmöglich, eine Hebamme zu finden. Hebammen

nehmen in den stadtnahen Gebieten ungerne Aufträge an, da es dort an Parkmöglichkeiten fehlt.

Neben bundesweiten Regelungen zur Verbesserung der Berufssituation von Hebammen ist konkrete Hilfe in Düsseldorf erforderlich. Ein Ansatzpunkt sind die Ausnahmegenehmigungen, mit denen Hebammen fast überall Parken dürfen. Dies würde den ohnehin schwierigen Arbeitsalltag der Hebammen erleichtern. Aus einer Ratsanfrage der LINKEN geht hervor, dass die Ausnahmegenehmigungen aufgrund

der hohen Kosten (120 Euro pro Jahr) von den Hebammen nicht angenommen werden: Nur acht Hebammen besitzen aktuell solch eine Genehmigung.

Diese Kosten gehören in Düsseldorf abgeschafft. So könnte zumindest auf kommunaler Ebene etwas für die Hebammen getan werden. Eine Umfrage unter den Hebammen ergab, dass dann ein Großteil von ihnen eine Genehmigung beantragen würde. Einen entsprechenden Antrag der LINKEN im Stadtrat lehnten die anderen Parteien ab.

Während die Anforderungen an den Hebammenberuf wachsen, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen seit Jahren: Zahlte eine freiberufliche Hebamme im Jahr 2000 für die Haftpflichtversicherung jährlich 413 Euro, waren es 2017 ganze 7639 Euro. Neben den Haftpflichtkosten zählen ein geringes Honorar, Nachwuchsmangel und ausbleibende Wertschätzung zu den größten Problemen dieses Berufsstandes. Denn das, was Hebammen leisten, ist kein Wellness-Programm, sondern medizinisch notwendige, kompetente Unterstützung und Betreuung werdender Eltern.



Hilfe für Hebammen ist nötig

Fotos: © Linksfraktion-NRW

Hartz IV und Sozialhilfe: Hilfe bei Mieterhöhung

Eine teure Mieterhöhung, eine fehlerhafte Nebenkostenabrechnung oder Mängel an der Wohnung – Mieterinnen und Mieter benötigen immer öfter eine Rechtsberatung zu Mietfragen.

Hartz-IV-Beziehende können sich bei solchen Problemen an das Jobcenter wenden, bei Bezug von Sozialhilfe ist das Amt für Soziales zuständig. Ist eine Rechtsberatung notwendig, wird ein Beratungsschein für eine Mieterschutzorganisation ausgestellt.

Mieterverein oder Interessenverband Mieterschutz helfen den Betroffenen dann, sich gegen ungerechtfertigte Praktiken der Vermieter zu wehren. Solche Probleme treten immer häufiger auf; das ergab eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Sozialausschuss: Im Jahr 2017 wurden 1.025 Beratungsscheine ausgestellt, ein Jahr zuvor waren es noch 73 weniger.

Auch Geringverdienende können unter bestimmten Voraussetzungen einen Beratungsschein für eine kostenlose Rechtsberatung beantragen. Wie viele solcher Beratungsscheine das Amt für Soziales ausstellte, wird statistisch nicht erfasst.

Hartz-IV-Sanktionen auf hohem Niveau

11.517 Sanktionen wurden im vergangenen Jahr gegen Hartz-IV-Beziehende in Düsseldorf verhängt; das ergab eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im städtischen Sozialausschuss. Die Betroffenen müssen nach einer solchen Kürzung von durchschnittlich 323 Euro im Monat leben. Das dürfte in Düsseldorf kaum möglich sein.

Ein Drittel der Hartz-IV-Sanktionen traf Haushalte mit Kindern, häufig waren zudem Alleinerziehende betroffen. Fast 90 Prozent der Sanktionen sind nur deshalb verhängt worden, da Termine nicht eingehalten wurden. Die Zahl der Hartz-IV-Sanktionen ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren stark gestiegen – vor zehn Jahren wurden nur halb so viele Sanktionen verhängt.

Hartz-IV-Sanktionen führen zu realer Not und einem Leben unter dem Existenzminimum. Besonders schlimm sind Sanktionen, wenn sie Kinder treffen. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Sanktionen.

Hartz-IV-Bescheide oft fehlerhaft

Ob es um die Verhängung von Sanktionen, die Anrechnung von Einkommen oder die Berechnung der Unterkunftskosten geht – das Jobcenter Düsseldorf trifft häufig fehlerhafte Entscheidungen zum Nachteil der Hartz-IV-Beziehenden. Von 586 Klagen beim Sozialgericht im vergangenen Jahr gegen das Jobcenter wurden 241 Klagen – über 40 Prozent – zugunsten der Hartz-IV-Beziehenden entschieden. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf findet es erschreckend, dass die Betroffenen erst vor Gericht ziehen müssen, bevor sie ihr Recht erhalten.

Gegen eine Entscheidung des Jobcenters kann Widerspruch eingelegt werden. Das Jobcenter muss dann seine Entscheidung noch einmal überprüfen. Rund 3.000 Mal musste das Jobcenter Düsseldorf 2017 daraufhin einen Bescheid korrigieren. Lenkt das Jobcenter allerdings nicht ein, können die Hartz-IV-Beziehenden klagen und die Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen.

Kassensturz bei Tour de France

Die Tour de France-Startetappe im vergangenen Jahr in Düsseldorf wurde für die Stadt noch teurer als bisher angenommen. Die vorläufige Endabrechnung offenbart eine Reihe von Fehleinschätzungen bei der Kostenkalkulation.

Während im März 2016 davon ausgegangen wurde, dass die Stadt ein Defizit in Höhe von 3,2 Millionen Euro tragen muss, hatte sich dieses bis Juli 2016 bereits auf 4,92 Millionen Euro erhöht. In der vorläufigen Endabrechnung, die im Juni 2018 dem Stadtrat vorgestellt wurde, beläuft sich das Defizit auf stolze 7,8 Millionen Euro.

Das Rechnungsprüfungsamt hat in seinem Abschlussbericht mehrere Mängel festgestellt. Es ist die Rede von Fehleinschätzungen und Risiken, die nicht rechtzeitig erkannt wurden. Die Stadt hat nichts unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Im Bericht heißt es: „Die Vorgehensweise ist bei den Erträgen und Aufwendungen uneinheitlich und um Budgetabweichungen im Bereich der Aufwendungen rechtzeitig erkennen zu können, nicht geeignet.“

DIE LINKE kritisierte die schönrechneten Zahlen von Anfang an.

Förderschulen immer noch die Regel

Inklusion wird in Düsseldorf schlecht umgesetzt

Kinder mit und ohne Behinderung lernen ganz selbstverständlich in der gleichen Schule – Länder wie Finnland oder Italien zeigen, dass das möglich ist.

Der PISA-Vorreiter Finnland hat in den letzten 30 Jahren zwei Drittel seiner Förderschulen abgeschafft. In Italien gibt es seit 40 Jahren sogar gar keine Förderschulen mehr, sondern eine Schule für alle. In Finnland werden Kinder mit Behinderung neben dem Unterricht gezielt gefördert. Italienische Schulklassen werden in Doppelbesetzung von einer normalen Lehrkraft und

einer sonderpädagogischen Lehrkraft unterrichtet. Hierdurch wird gewährleistet, dass kein Kind unter- oder überfordert wird.

Durch die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat auch Deutschland sich verpflichtet, eine flächendeckende Inklusion an Schulen umzusetzen. Leider werden die für eine vernünftige Umsetzung notwendigen Mittel nicht bereitgestellt. Es findet keine Doppelbesetzung statt; zudem sind viele Klassen zu groß. Aufgrund der mangelhaften Umsetzung gehen die

meisten Kinder mit Behinderung noch immer auf Förderschulen.

Unzureichende Förderung an Regelschulen

Wie die Inklusion an den Schulen in Düsseldorf umgesetzt wird, hat DIE LINKE mit einer Anfrage im Schulausschuss öffentlich gemacht. Es zeigte sich, dass an fast allen Schulen zu wenige Stellen im Bereich der Inklusion besetzt sind. Der ohnehin unzureichende Stellenschlüssel wird in der Regel nicht erfüllt. Dies betrifft insbesondere Schulen mit einer hohen Inklusions-Quote.

Weiterhin findet die Inklusion in Düsseldorf sehr ungleich verteilt an den einzelnen Schulformen statt. Die Hauptschulen (insgesamt 280 Kinder mit Behinderung) und die Gesamtschulen (256) stemmen den Großteil der Inklusion, gefolgt von den Realschulen (137) und den Gymnasien (17).

Damit die Regelschule eine echte Alternative zur Förderschule wird, muss erheblich mehr Geld und Personal eingesetzt werden. In Deutschland leben über 150.000 Kinder im schulpflichtigen Alter mit einer anerkannten Behinderung. Inklusion muss eine Selbstverständlichkeit werden – was in Finnland oder in Italien geht, sollte auch in Deutschland möglich sein.



Inklusion ist ein Gewinn für Alle

Foto: (CCO) pixabay/Stefan_Schranz

Leben am Existenzminimum

Hartz-IV-Darlehen führen zu tausenden Kürzungen

Wenn die defekte Waschmaschine ersetzt oder eine Mietkaution bezahlt werden muss, bleibt Hartz-IV-Beziehenden oft nur ein Darlehen vom Jobcenter. Anschließend wird ihnen der Regelsatz so lange gekürzt, bis das Darlehen zurückbezahlt ist.

10.552 Personen wurde in den vergangenen fünf Jahren in Düsseldorf daher Geld abgezogen – alleine 2.103 Mal im letzten Jahr. Durchschnittlich wurde der Hartz-IV-Regelsatz dabei um 36,90 Euro pro Monat gekürzt, das ergab eine Anfrage der LINKEN im städtischen Sozialausschuss.

Das Einkommen der Betroffenen verringerte sich damit auf rund 370 Euro pro Monat für Alleinstehende und 330 Euro für Partner in einer Bedarfsgemeinschaft. Hiervon müssen dann Nahrungsmittel, Getränke, Bekleidung, Energie, Telefon, Internet, Verkehr, Gesundheitspflege und Kulturangebote bezahlt werden. Im teuren Düsseldorf ist das kaum möglich.

Besonders problematisch ist, dass das Einkommen durch die Kürzungen unter die Schwelle dessen sinkt, was als Existenzminimum bezeichnet wird (das Gleiche passiert übrigens bei Hartz-IV-

Hartz-IV-Beziehende benötigen jeden Euro ihres Einkommens. Geld hiervon anzusparen um unvorhersehbare, aber dringend erforderliche Ausgaben tätigen zu können, ist in der Regel nicht möglich. Genauso unmöglich ist ein Leben mit dem gekürzten Regelsatz.

Auffällig ist, dass in Düsseldorf immer mehr Hartz-IV-Beziehende Darlehen für hohe Mietkautionen brauchen. Die Zahl der Darlehen für „Mietkautionen und Genossenschaftsanteile“ ist von 23 im Jahr 2014, über 187 in 2015 und 398 in 2016 auf ganze 650 im vergangenen Jahr angestiegen. Die katastrophale Lage auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt macht sich also auch hier bemerkbar.

DIE LINKE fordert statt Hartz-IV eine Mindestsicherung, die nicht gekürzt werden kann. Wer arbeitslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit müssen bekämpft, soziale Sicherheit garantiert und Armut beseitigt werden.



Hartz IV heißt Verarmung

Foto: © DIE LINKE

Sanktionen). Wenn auch in der Rechtsprechung höchst umstritten, zeigen die Zahlen, dass dieses Vorgehen in Düsseldorf gängige Praxis ist.

Mikroplastik im Trinkwasser

Die Stadt will nicht nachmessen



Auf dem Wasser ganz lustig - im Wasser zerkleinert nur eklig

Foto: © freeimages/jenny w

Drei Viertel des Düsseldorfer Trinkwassers stammt aus dem Rhein; dabei ist er laut einer Untersuchung der Universität Basel das am stärksten mit Mikroplastik verseuchte Binnengewässer der Welt. Winzige Plastikpartikel aus Verpackungen, Einwegprodukten, Kosmetika etc. treiben inzwischen durch fast alle Meere, Flüsse und Seen der Erde. Über das Wasser und die Nahrungskette gelangt dieses schadstoffbelastete Mikroplastik schließlich auch in den menschlichen Körper. Die gesundheitlichen Folgen sind weitgehend unerforscht.

Bis zu zwei Drittel des Mikroplastiks nicht gemessen

Vermutlich ist der Rhein sogar dreimal stärker belastet als die Baseler Studie nachweisen konnte. Mikroplastik-Partikel unterhalb einer Größe von 300 Mikrometern gingen bei den bisherigen Untersuchungen durch das zu weitmaschige Netz. Das meiste Mikroplastik scheint aber wesentlich kleiner im Durchmesser zu sein. Mit einem hochmodernen Infrarot-Spektrometer konnte das Alfred-Wegener-Institut Bremerhaven in der Arktis Mikroplastik-Partikel

bis zu 11 Mikrometer Durchmesser nachweisen. Das Spektrometer erkannte drei Mal so viel Mikroplastik im Wasser wie herkömmliche Messmethoden.

DIE LINKE fragte darum im Umweltausschuss der Stadt nach, wie stark das Düsseldorfer Trinkwasser mit Mikroplastik belastet ist und was die Stadt dagegen unternimmt. Die Antwort am 22. Juni war erschreckend: Bisher wurde unser Trinkwasser noch nie auf Mikroplastik untersucht.

LINKE fordert Aufklärung

Die eingesetzten Messverfahren sind nicht gut genug, um selbst relativ große Mikroplastik-Partikel zu erkennen. Die Stadt weiß nur, dass der Trübungsgrad des Wassers die zulässigen Grenzwerte gemäß Trinkwasserverordnung nicht überschreitet. Einen Rückschluss auf die Belastung mit Mikroplastik lässt das nur begrenzt zu. Die Stadt Düsseldorf plant auch keine Verbesserung der Messmethoden und keine Verbesserung der Filtersysteme – es ist ihr einfach zu teuer. DIE LINKE wird nun einfordern, dass Mikroplastik erstmals gemessen und dann gegebenenfalls die Trinkwasseraufbereitung verbessert wird.

Dieser Ort wird videoüberwacht!

Über 3.000 Überwachungskameras in Düsseldorf

Von der Bahnfahrt bis hin zum Heimspiel der Fortuna – überall gibt es Überwachungskameras, welche die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in ihrem Alltag beobachten. Insgesamt 3.089 Überwachungskameras sind über die Stadt verteilt, das ergab eine Anfrage der LINKEN im Düsseldorfer Stadtrat. Allein die Rheinbahn hat über 2.000 Kameras in ihren Bussen und Bahnen und an ihren Haltestellen angebracht. Die Aufzeichnung und Speicherung des Videomaterials verlaufen bei den jeweiligen Unternehmen vollkommen unterschiedlich: Von 72 Stunden Speicherdauer beim Flughafen bis zu mehreren Tagen bei der städtischen Tochter IDR. Unter bestimmten Umständen beträgt die Speicherung sogar ein halbes Jahr.

Im Zuge der öffentlichen Überwachung kommt es neben einer Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte auch oft zur Missachtung des Datenschutzes. Trotzdem wird die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen seit Jahren schleichend ausgeweitet. Dies begründen Politik und Polizei häufig mit einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und den Erfolgen in der Kriminalitätsbekämpfung. Tatsächlich trägt die Videoüberwachung im Großteil

der Fälle nicht zu einer Vorbeugung von Verbrechen bei, sondern nur manchmal zur nachträglichen Aufklärung.

Städte wie Mannheim oder Berlin zeigen, wohin die Ausweitung der Überwachung führt. Mannheim möchte noch in diesem Jahr Videokameras mit einer „intelligenten“ Software ausstatten. Diese Software soll verdächtiges Verhalten – wozu jedoch schon das bloße Rennen und hastige Bewegungen zählen – erkennen und somit automatisch einen Alarm auslösen. Am Berliner Bahnhof Südkreuz testet die Bundes-

polizei seit letztem Jahr Kameras mit automatischer Gesichtserkennung. Der ehemalige Bundesinnenminister de Maizière wünschte sich sogar den flächendeckenden Einsatz der Gesichtserkennung. Datenschützerinnen und Datenschützer warnen vor diesen Pilotprojekten, da sie der Einstieg in einen Überwachungsstaat sind.

DIE LINKE setzt sich gegen die Ausweitung der Videoüberwachung ein, weil diese eben nicht weniger Kriminalität, sondern weniger Persönlichkeitsrechte und weniger Datenschutz bedeutet.



Düsseldorf is watching you

Foto: (CC BY-SA 4.0) wikipedia/Raimond Spekking

Anzahl der Sozialwohnungen sinkt weiter

Das Versprechen der Stadtregierung für eine Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt hat sich nicht erfüllt. Die Zahl der Sozialwohnungen in Düsseldorf ist erneut gesunken. Wie eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss ergab, sind im vergangenen Jahr zwar 156 neue Sozialwohnungen entstanden, gleichzeitig jedoch 424 weggefallen. Aktuell gibt es nur noch rund 15.000 Sozialwohnungen in Düsseldorf (davon 1.528 bei der städtischen Wohnungsgesellschaft) – 2005 waren es noch über 34.000.

Der Bau von Sozialwohnungen wird öffentlich gefördert, um für Haushalte mit geringem Einkommen preiswerten Wohnraum bereitzustellen. Rund die Hälfte aller Menschen in Düsseldorf hat aufgrund der Höhe des Einkommens das Recht, eine Sozialwohnung zu beziehen. In Düsseldorf ist es jedoch kaum möglich eine solche Wohnung zu finden. Grund hierfür ist die verfehlte Wohnungspolitik.

SWD baut kaum neue Wohnungen

Düsseldorf braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Um eine wirkliche Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen, müsste die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWD) in großer Zahl bezahlbare Wohnungen bauen.

Eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss hat nun öffentlich gemacht, dass derzeit das genaue Gegenteil passiert: In den vergangenen zwei Jahren entstanden 78 neue Sozialwohnungen bei der SWD – gleichzeitig sind jedoch 367 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung und somit weggefallen. Mittlerweile besitzt die SWD nur noch 1.528 Sozialwohnungen. Weiterhin sind in den zwei Jahren 194 weitere bezahlbare Wohnungen komplett weggefallen – während lediglich 34 neu hinzugekommen sind. Eine Neuausrichtung der SWD ist notwendig: Sie muss als ein Instrument für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingesetzt werden. Hierzu muss mit einem Wohnungsbauprogramm und insbesondere mit dem Bau von Sozialwohnungen der aktuellen Entwicklung entgegen gesteuert werden. DIE LINKE bringt einen entsprechenden Antrag in die nächste Ratssitzung.

Kultur direkt vor Ort

Kulturveranstaltungen in unmittelbarer Nähe zum eigenen Wohnort? Stadtkulturmacht dies möglich: Sie weckt Interesse für die nähere Umgebung und macht den Stadtteil zum Objekt des eigenen Engagements. Stadtkultur bietet kulturelle Teilhabe für Menschen aller Altersgruppen, aller sozialen und kulturellen Hintergründe und ermöglicht ihnen in den öffentlichen Raum hinein zu wirken. Sie ist unverzichtbar für das Gemeinwesen der Stadt. Falls sie denn in den Stadtteilen zu finden ist. Die Anwohnerinnen und Anwohner brauchen Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen und Projekten vor Ort. Die Stadt Düsseldorf hat einen Kulturentwicklungsplan, welcher, dem Wortlaut nach auf Weiterentwicklung des Kulturbereiches abzielt. Aus dem Kulturentwicklungsplan der Stadt Düsseldorf geht hervor, dass Kulturangebote in Wohnortnähe wesentlich besser angenommen werden. Eine größere Förderung der Stadtkultur ist also nötig. In Düsseldorf gibt es acht städtische Bürgerhäuser, denen auch eine Funktion als Kultur- und Stadtteilzentren zukommt. Wie die Förderung der Stadtkultur aussieht und welche Rolle die Bürgerhäuser hierbei einnehmen, ist Gegenstand einer Anfrage der LINKEN im städtischen Kulturausschuss.

Düsselpass für Rentner unbefristet ausstellen

DIE LINKE beantragte im Düsseldorfer Stadtrat, den Düsselpass für Rentnerinnen und Rentner unbefristet auszustellen. Bisher muss dieser jedes Jahr aufs Neue beantragt werden. Die Stadtverwaltung prüft die Umsetzung. Mit dem Düsselpass erhalten Menschen mit geringem Einkommen Vergünstigungen bei städtischen und privaten Angeboten aus Kultur und Sport. Hartz IV-Beziehenden wird der Düsselpass jedes Jahr automatisch zugeschickt. Geringverdienende und Menschen mit kleiner Rente müssen diesen jedoch jährlich neu beantragen. Hierbei wird geprüft, ob weiterhin ein Anspruch – aufgrund geringen Einkommens – besteht. Da sich das Einkommen von Rentnerinnen und Rentnern selten ändert, sollte die Stadt auf die jährliche Prüfung verzichten. Der R(h)einblick wird berichten, ob die unbefristete Ausstellung kommt.

Zur Prostitution gezwungen

Menschenhandel ist Geschäftsmodell in Düsseldorf

Durchsuchungen von Düsseldorfer Wohnungen und Geschäftsräumen im Rahmen der Großrazzien gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel im April haben gezeigt, dass dieses globale Geschäftsmodell auch in der Landeshauptstadt floriert. Insgesamt wurden bundesweit 62 Orte von über 1.000 Beamten durchsucht, in Düsseldorf traf es ein Bordell an der Kölner Straße und ein Wohnhaus an der Kruppstraße. Auf Initiative der LINKEN widmet sich der städtische Gleichstellungsausschuss diesem Thema.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation gibt es mindestens 4,8 Millionen Zwangsprostituierte weltweit. Das Bundeskriminalamt schätzt die Zahl der Opfer in Deutschland auf mehrere Zehntausend pro Jahr. Die Frauen, die in deutschen Bordellen und Wohnungen zur Sexarbeit gezwungen werden, stammen vor allem aus Bulgarien, Rumänien und Nigeria.

Zwangsprostituierte sind den Menschenhändlern und der Situation hilflos ausgeliefert, werden gezielt isoliert



Kampf der Zwangsprostitution

© Can Stock Photo/Lynxaqua

und eingeschüchtert. Ausweisdokumente werden ihnen weggenommen, aus Angst wagt sich kaum eine der Betroffenen nach Hilfe zu suchen. Wie

sollte das auch funktionieren? Die Zuhälter bedrohen sie und auch ihre Familien massiv.

Die Folgen der Zwangsprostitution sind verheerend. Viele Opfer haben mit schweren psychischen und physischen Folgeschäden zu kämpfen. Rund ein Fünftel der Opfer sind minderjährig. Die meisten Fälle von Zwangsprostitution bleiben nach Einschätzung von Verbänden und Behörden unentdeckt, die Dunkelziffer ist hoch. Die Strafverfolgung des Menschenhandels ist schwierig, da die Tätergruppen sehr straff organisiert sind und professionell vorgehen.

Düsseldorf ist eines der Glieder in der Kette des Menschenhandels. Auf Antrag der LINKEN beschäftigt sich der Gleichstellungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit der aktuellen Situation der Zwangsprostituierten in Düsseldorf. Hierzu werden

alle relevanten Stellen wie Polizei, Justiz, die Fachstelle für Opfer von Frauenhandel und die Dortmunder Mitternachtsmission eingeladen.

Ampel kürzt bei Musikschule

DIE LINKE fordert Besetzung aller freien Stellen

Die Ratsfraktion der Düsseldorfer LINKEN lehnt die von der Ampelkoalition geplanten Stellenkürzungen bei der städtischen Clara-Schumann-Musikschule ab. Zudem fordert die Ratsfraktion, alle freien Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen.

Die Clara-Schumann-Musikschule bietet das wichtigste Angebot für eine musikalische Erziehung in Düsseldorf. Alle Kinder und Jugendlichen, die gerne selber musizieren möchten, sollten aus Sicht der LINKEN an der Musikschule diese Möglichkeit erhalten.

Die aktuelle Situation mit zehn unbesetzten Musiklehrer-Stellen führt bereits dazu, dass fast 3.000 Jungen und Mädchen auf einer Warteliste stehen. Das hat zur Folge, dass diese Kinder und Jugendlichen bis zu zwei Jahre lang ohne musikalische Förderung bleiben.

Durch das Projekt „Verwaltung 2020“, bei dem die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen zwanzig Prozent des städtischen Personals streichen will, sollen jetzt auch noch weitere Stellen bei der Musikschule wegfallen. Der Abbau von sieben zusätzlichen Stellen wurde bereits auf den Weg gebracht.

Dies wird die Situation an der Musikschule weiter verschärfen und die Frustration größer werden lassen.

DIE LINKE lehnt die Stellenkürzungen bei der Clara-Schumann-Musikschule genauso ab wie das gesamte Projekt „Verwaltung 2020“. Den städtischen Haushalt auf Kosten der Bildung von

Kindern und Jugendlichen zu sanieren, ist der vollkommen falsche Weg.

DIE LINKE fordert andere Wege als Kürzungen, zum Beispiel eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Die Mehrheit im Rathaus will lieber bei Personal, Bildung und Kultur sparen, anstatt die Konzerne in die Pflicht zu nehmen.



Sie muss bald alleine üben

Foto: (CCO) pixabay/ khamkhor

Auf die Barrikaden

Protestkultur seit Jahrzehnten Teil von Düsseldorf



Hiroshima-Tag 7. August 1962
Foto: © Anton Tripp/Fotoarchiv Ruhr Museum

zu diesen Themen durchführen und dadurch die Wichtigkeit und Bedeutung der Protestkultur betonen, vernachlässigt Düsseldorf diese komplett. Weder auf der städtischen Internetseite noch in den Jahrbüchern des Düsseldorfer Geschichtsvereins wird auf Protestkultur eingegangen.

Laut Anfrage der LINKEN im städtischen Kulturausschuss wäre das Stadtarchiv in der Lage, umfangreiches Material für Veranstaltungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen zur Verfügung zu stellen. Bisher plant die Stadt nichts zu diesen Themengebieten.

DIE LINKE fordert, dass Düsseldorf sich der Protestkultur offensiv annimmt und Veranstaltungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen durchführt. „Protest ist Teil lebendiger Stadtentwicklung und Menschenrecht in der De-

mokratie“, den Worten des Stuttgarter Stadtarchivleiters Müller ist nichts hinzuzufügen.

Die Hungerdemonstrationen im Jahr 1947, die Kämpfe gegen Wiederbewaffnung zu Beginn der 1950er Jahre, die erfolgreichen Proteste gegen die Zerstörung des Hofgartens Anfang der 1960er Jahre, die Studenten- und Schülerproteste Ende

Düsseldorf - Eventstadt

Brauchen wir ein Open-Air-Gelände?

Bereits im Frühjahr wurden Pläne bekannt, den Messeparkplatz zu einem Open-Air-Gelände umzubauen. Durch die Ankündigung, ein Ed Sheeran-Konzert schon im Juli auf diesem Gelände zu veranstalten, bekamen die Pläne eine außergewöhnliche Dynamik. Die Politik wurde durch die kurzfristige Terminierung erheblich unter Druck gesetzt.

Als sich abzeichnete, dass es im Rat keine Mehrheit für die Errichtung des Geländes geben würde, wurde eine erste Sondersitzung einfach kurzfristig abgesagt.

Erst danach wurden mehrere Gutachten nachgeliefert, die für die Entscheidungsfindung wichtig waren.

DIE LINKE war von Anfang an gegen eine Entscheidung in diesem Jahr. Im

Mai haben wir im Rat einen Antrag eingebracht, dass zunächst einmal eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn eines Open-Air-Geländes geführt werden soll.

Ein Open-Air-Gelände in der Stadt würde in direkte Konkurrenz zur Arena treten. Hier ist die Frage zu klären, welche konkreten Auswirkungen ein solches Gelände auf den Betrieb der Arena hat.

Bei der Planung eines Open-Air-Geländes handelt es sich um ein Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, das nicht nur in den politischen Gremien, sondern auch in der Stadtgesellschaft diskutiert werden sollte. Das haben zumindest die Reaktionen in der Öffentlichkeit zu den bisher vorliegenden Planungen gezeigt.



Hausbesetzung Neusser Str. 75/77 - 1981
Foto: © Archiv gafas/ Fotograf unbekannt

der 1960er Jahre, der Widerstand gegen Atomenergie in den 1970er Jahren und die Hausbesetzungen in den 1980er Jahren – all das fand in Düsseldorf statt. Eine Würdigung dieser Proteste ist heute wichtiger denn je.



Aktuell bis heute - Aktion gegen Abschiebeknast
Gerresheim April 1996

Foto: ©gafas

Keine Gedenken an die Novemberrevolution

Im Kulturausschuss wurde auf Antrag der LINKEN Anfang des Jahres beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für ein Veranstaltungsprogramm zum 100-jährigen Jubiläum der Novemberrevolution in Düsseldorf vorlegen soll. Die Verwaltung hat dieses nicht umgesetzt. Es wird kein städtisches Veranstaltungsprogramm geben. Im November 1918 kam es auch in Düsseldorf zu revolutionären Umbrüchen in Folge der sozialen und politischen Verhältnisse. Die am 8. November 1918 in Düsseldorf beginnende Novemberrevolution wurde durch aus Köln kommende Matrosen ausgelöst. Parallel zur Besetzung des Hauptbahnhofs und der Kasernen sowie zur Befreiung von Gefangenen aus dem Gefängnis Ulmer Höh' entstand ein Provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat. Mit der Erstürmung des Arbeiterviertels Oberbilk am 13. April 1919 durch das berüchtigte Freikorps Lichtschlag, in deren Folge mindestens 39 Arbeiter ermordet wurden, wurde die Novemberrevolution mit brutaler Gewalt beendet. Die Novemberrevolution war eine bedeutende Zeit, die viele Veränderungen hervorrief, jedoch deren Spuren hier bisher nicht hinreichend sichtbar gemacht sind. Gerade zum 100-jährigen Jubiläum sollte in Düsseldorf darüber informiert und daran erinnert werden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

32.444 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,5%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juli 2018 bei 22.638 (offizielle Arbeitslosenquote 6,7%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind.

Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 32.444 um 9.806 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.497 freie Arbeitsstellen im Juli gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Reiche Stadt, arme Kinder

DIE LINKE setzt Konzept gegen Kinderarmut durch

Kein Kino, kein Schwimmbad, keine Klassenfahrt – das ist für viele Kinder bittere Realität. Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel hat sich in Deutschland die Zahl der Millionäre genauso verdoppelt wie die Zahl der Kinder in Armut. Kinderarmut zeigt sich hier überwiegend durch Ausgrenzung, schlechte Ernährung, beengtes Wohnen und mangelnden Bildungszugang.

Der Regierungsbezirk Düsseldorf hat die höchste Kinderarmut-Quote in NRW. In der Stadt Düsseldorf leben über 20 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV-Haushalten. Fast 4.000 dieser Haushalte mit Kindern hatten im ver-

gangenen Jahr nicht einmal den regulären Hartz IV-Satz zur Verfügung, da das Jobcenter ihnen das Geld kürzte.

Arme Kinder werden arme Erwachsene

Hauptursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. In Haus-

halten von Alleinerziehenden, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen gehört Armut zum Alltag. Die Auswirkungen des Niedriglohnsektors, der prekären Beschäftigung und von Hartz-IV zeigen sich hier besonders deutlich.

Zukunftsperspektiven. Aus armen Kindern werden chancenlose Erwachsene. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, müssten existenzsichernde Arbeitsplätze für die Eltern geschaffen und der Sozialstaat ausgebaut werden. Doch auch vor Ort sind Verbesserungen möglich. So beantragte DIE LINKE in Düsseldorf ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen (abgelehnt von SPD, Grüne, FDP, CDU) und eine Bildungskarte für kostenlose Bildungs- und Sportangebote für arme Kinder (auf den Weg gebracht).

Konzept gegen Kinderarmut ist notwendig

Im städtischen Jugendhilfeausschuss macht DIE LINKE die Kinderarmut jetzt zum Schwerpunkt. Beantragt wurde, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut von einem „Runden Tisch“ unter Beteiligung von Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Kindertagesstätten, Sportvereinen und Jugendring erarbeiten zu lassen.

Im Jugendhilfeausschuss stieß der Antrag auf große Zustimmung. Die anderen Parteien wollten sich lediglich noch nicht auf einen „Runden Tisch“ festlegen. Daher wurde beschlossen, die Stadtverwaltung mit der Konzeption eines geeigneten Formats zu beauftragen. Anschließend sollen die relevanten Akteure dort ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Lebenssituation und Chancen armer Kinder erarbeiten. Die dann umzusetzenden Maßnahmen müssen für eine substantielle Verbesserung sorgen.

DIE LINKE freut sich, dass die Bekämpfung der Kinderarmut in Düsseldorf endlich angegangen wird. Die Situation der Kinder muss sich dringend verbessert.



Eine glückliche Kindheit für Alle - ohne Armut

Foto: © DIE LINKE im Bundestag

Jedes fünfte Kind ist arm

Jedes fünfte Kind ist arm

Die Stadtteile in Düsseldorf sind unterschiedlich stark betroffen. Während in Garath und Hassels fast jedes zweite Kind in Hartz IV aufwachsen muss, betrifft dies in Himmelgeist und Carlstadt nur eine Minderheit.

Ein großes Problem ist, dass Kin-

halten von Alleinerziehenden, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen gehört Armut zum Alltag. Die Auswirkungen des Niedriglohnsektors, der prekären Beschäftigung und von Hartz-IV zeigen sich hier besonders deutlich.

Die Kinder müssen leiden, obwohl sie keinerlei Verantwortung für ihre Situation tragen. Tragisch dabei ist, dass die meisten von ihnen nicht einmal die Chance haben, der Armut zu entkommen. Auf Armut in der Kindheit folgen meist auch schlechtere Bildungs- und

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

